

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 53. Sitzung am 22. Januar 2014 folgende Beschlüsse gefasst und nachstehende Wahl vorgenommen:

1. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
 1. Einflussmöglichkeiten auf Intensivtierhaltung nutzen und vorantreiben
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1048](#))
 2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Eigenbetrieb Performa Nord
Eigenbetrieb des Landes Bremen
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2013
(Drucksache [18/1086](#))
 1. Lesung
 2. Lesung
 3. Europafähigkeit der öffentlichen Verwaltung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. November 2013
(Drucksache [18/1112](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 2013
(Drucksache [18/1189](#))
 4. Kinder und Jugendliche im Drogenumfeld
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. November 2013
(Drucksache [18/1116](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2013
(Drucksache [18/1203](#))
 5. Kulturelle Bildung an Schulen im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2013
(Drucksache [18/1209](#))
 6. Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Zukunft des Bremer Hochschulsystems
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2013
(Drucksache [18/1210](#))
 7. Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 12. Dezember 2013
(Drucksache [18/1214](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. Januar 2014
(Drucksache [18/1238](#))
2. Mietenanstieg begrenzen - Bundesratsinitiative unterstützen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1036](#))

Der Antrag ist von den Antragstellern zurückgezogen.

3. Fragestunde

1. Barrierefreie Geldautomaten
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2013
2. Säuglingssterblichkeit im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Dezember 2013
3. Krankenschein doch nicht ausgestorben?
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Dezember 2013
4. Polizeibedienstete als „Aushilfen“ beim Geheimdienst
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. Dezember 2013
5. Millionengrab Hafentunnel
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 2. Januar 2014
6. Gewaltbereite Linksextremisten im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 6. Januar 2014
7. Beförderungen im Land Bremen zum 1. Januar 2014
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Januar 2014
8. Aufnahme syrischer Flüchtlinge seit Mai 2013
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 10. Januar 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Ufos im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 10. Januar 2014

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

10. Verbesserung der Situation von Berufserkrankten
Anfrage der Abgeordneten Silvia Schön, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Januar 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

11. Wirtschaftliche Folgen der Neuaufstellung des Landschaftsprogramms
Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Jägers, Andreas Kottisch, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD vom 15. Januar 2014

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

4. Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Taten statt Worte - Armut endlich wirksam bekämpfen!“

5. Konsensliste
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 21. Januar 2014

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss des Landes Bremen
Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2013
(Drucksache [18/1202](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn Hanns-Ulrich Barde anstelle der ausgeschiedenen Frau Birute Freimuth zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses des Landes Bremen.

2. Bremisches Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (Bremisches Patientenmobilitätsumsetzungsgesetz - BremPatMobUG)
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2013
(Drucksache [18/1215](#))
 1. Lesung
 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

3. Bremisches Gesetz zu dem Abkommen über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2013
(Drucksache [18/1216](#))
 1. Lesung
 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

4. Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss 31. Dezember 2012 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2013
(Drucksache [18/1218](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

5. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2014
(Drucksache [18/1224](#))
 1. Lesung
 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

6. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 24
vom 15. Januar 2014
(Drucksache [18/1234](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

6. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes
Mitteilung des Senats vom 14. Januar 2014
(Drucksache [18/1227](#))
 1. Lesung
 2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

7. Wissenstransfer als Impulsgeber der Wirtschaftsentwicklung fördern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2013
(Drucksache [18/1030](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, den für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Land Bremen unverzichtbaren Wissens- und Kompetenzaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als Querschnittsaufgabe nach Kräften zu fördern und die beteiligten Akteure aktiv zu unterstützen. Hierzu soll ein abgestimmtes Maßnahmen- und Finanzierungskonzept mit entsprechendem Zeitrahmen entwickelt werden, das u. a. darauf zielt,

a) die Querschnittsaufgabe in der Zusammenarbeit der Ressorts Wirtschaft und Wissenschaft verbindlich zu definieren sowie Optimierungsmöglichkeiten im Vergleich zur heutigen Situation darzustellen;

- b) Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beispielsweise durch die Schaffung und Unterstützung von Netzwerken, Clustern und Themen-Campus zu fördern;
- c) personelle Bindungen und Personaltransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, z. B. durch mehr duale Studiengänge, Weiterbildungsstudiengänge, Transfernetzwerke und gemeinsame Entwicklungsvorhaben (corporate venturing) zu stärken;
- d) innovationsbasierte Gründungen u. a. durch gezielte Ansprache und Ermutigung von Studentinnen/Studenten und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler, durch die Unterstützung von Gemeinschaftsgründungen und durch die Bereitstellung passgenauer Finanzierungsinstrumente zu fördern;
- e) wirtschaftlich verwertbare Innovationen gezielt aufzuspüren (Scouting), indem u. a. mögliche Transferperspektiven schon bei der Forschungsförderung erwogen, Netzwerke hierfür sensibilisiert und geeignete Themen durch Wettbewerbsaufrufe identifiziert werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat bei der Fortschreibung der bremischen Wirtschaftsförderung einen Schwerpunkt auf die Optimierung des Wissenstransfers legt und hierfür auch neue Instrumente bereitstellt. Unter anderem ist zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie

- a) Innovationsassistenten zur Unterstützung von Betrieben,
 - b) Ideenscouts an Universität und Hochschulen,
 - c) die Bereitstellung „echten“ Risikokapitals durch Gewinnung privater Geldgeber,
 - d) ein revolvierender Patententwicklungsfonds zur Unterstützung marktorientierter Patentverwertung und -weiterentwicklung und
 - e) systematische Begleitung und Unterstützung der Entwicklung von Patenten bis zur Marktreife
- den Prozess des Wissenstransfers zwischen Universität/Hochschulen und Wirtschaft bis hin zur Marktreife beschleunigen und verbessern könnten.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung über den Stand der Umsetzung dieser Beschlüsse zu unterrichten.

8. Bremisches Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG)
Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013
(Drucksache [18/947](#))
2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist durch die Drucksache 18/1223 erledigt.

9. Bremisches Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Bildung
vom 6. Januar 2014
(Drucksache [18/1223](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Bildung Kenntnis.

10. Sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung vermeiden
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. August 2013
(Drucksache [18/1042](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Dezember 2013
(Neufassung der Drucksache [18/1123](#) vom 12. November 2013)
(Drucksache [18/1213](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, darauf zu achten und dafür zu sensibilisieren, dass Werbung und Darstellungen, die die Grenzen zu sexistischer und/oder diskriminierender Werbung überschreiten, in öffentlichen oder öffentlich (mit)finanzierten Publikationen auf öffentlichen Flächen, an öffentlichen Gebäuden und Fahrzeugen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie ihrer Gesellschaften unterbleiben.

2. Der Senat wird gebeten, im Sinne einer Selbstverpflichtung die Ressorts, Gesellschaften, Zuwendungsempfänger und Vertragspartner des Landes und der Kommunen dazu anzuhalten, Bilder und Aussagen in der Werbung zu vermeiden, die die Grenzen zu sexistischer und/oder diskriminierender Werbung überschreiten und hierfür verbindliche Leitlinien festzulegen

3. Der Senat wird gebeten, den Werberat und (die) in Bremen zuständige(n) Stelle(n) für Beschwerden über Werbeinhalte regelmäßig bekannt zu machen und zu prüfen, ob man deren Adressen grundsätzlich auf öffentlichen Werbeträgern nennen lassen kann. Es wird ein transparentes Verfahren für Beschwerden erarbeitet, aus dem hervorgeht, in welcher Weise auf die betroffenen Unternehmen eingewirkt wurde.

4. Der Senat wird gebeten zu prüfen, inwieweit bestehende Vertragsverhältnisse des Senats, der bremischen Gesellschaften oder von Zuwendungsempfängern und Vertragspartnern Bremens mit Dritten zur Umsetzung des ersten Beschlusspunktes gegebenenfalls ergänzt werden sollten und können und dem Ausschuss für die Gleichstellung der Frau sowie der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie hierüber zeitnah zu berichten. Insbesondere mit den privaten Betreibern der öffentlichen Werbeflächen in Bremen sind Nutzungsverträge mit entsprechenden Vereinbarungen anzustreben.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an den Magistrat der Stadtgemeinde Bremerhaven, auch in seinem Einflussbereich für die Überschreitung der Grenze zu sexistischer und/oder diskriminierender Werbung zu sensibilisieren und diese zu unterbinden.

11. Kriterien „guter Arbeit“ in die Wirtschaftsförderung integrieren
Mitteilung des Senats vom 10. September 2013
(Drucksache [18/1051](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

12. Bildungssituation von Flüchtlingen in Bremen
 Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
 vom 10. September 2013
 (Drucksache [18/1054](#))
 Dazu
 Mitteilung des Senats vom 29. Oktober 2013
 (Drucksache [18/1104](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

13. Verpflegungsstandards für Flüchtlinge verbessern
 Antrag der Fraktion DIE LINKE
 vom 13. Juni 2013
 (Neufassung der Drucksache [18/946](#) vom 11. Juni 2013)
 (Drucksache [18/956](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

14. Verpflegungsstandards für Flüchtlinge verbessern
 Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend
 vom 19. September 2013
 (Drucksache [18/1062](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend Kenntnis.

15. Möglichkeiten in der Nutzung von WLAN an Schulen in Bremen und Bremerhaven
 Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
 vom 17. September 2013
 (Drucksache [18/1059](#))
 Dazu
 Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2013
 (Drucksache [18/1098](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

16. Weg mit dem Generalverdacht: Generellen Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende aufheben
 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
 vom 17. September 2013
 (Drucksache [18/1060](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, auf der Bundesebene darauf hinzuwirken,

1. dass es anders als in den Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten beschriebenen Kriterien nicht von der sexuellen Orientierung abhängen darf, ob ein Spender infrage kommt, sondern vom individuellen Risikoverhalten.
2. die bestehende Blutspenderegulung, wonach homosexuelle Männer grundsätzlich von einer lebensrettenden Blutspende ausgeschlossen werden, aufzuheben.
3. den Generalverdacht über homosexuelle Männer zu beenden und eine diskriminierungsfreie Regelung zu schaffen, in der in den verwendeten Fragebögen statt der sexuellen Orientierung das Risikoverhalten bei Spenden abgefragt wird und gegebenenfalls zum Ausschluss führt.

17. Weg mit dem Generalverdacht: Generellen Ausschluss homo- und bisexueller Männer von der Blutspende aufheben sowie Beendigung sonstiger gruppenbezogener Diskriminierung in Bezug auf die Blutspenderegulungen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Dezember 2013
(Drucksache [18/1199](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

18. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
1. Umgang der Polizei Bremen mit Gewalt gegen und durch Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 30. September 2013
(Drucksache [18/398 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 5. November 2013
(Drucksache [18/410 S](#))
 2. Gewalt am Rande von Fußballspielen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 5. November 2013
(Drucksache [18/1115](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2013
(Drucksache [18/1220](#))
 3. Einstellung von 120 Polizeikommissaranwärtern im Jahr 2014 im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Januar 2014
(Drucksache [18/1226](#))